

A34NEU (Ä1) Die Häuser denen, die drin wohnen!

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum: 05.04.2024
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Bundesweit fehlen rund 910.000 Sozialwohnungen. Und auch die gegenwärtige
2 Situation auf dem Wohnungsmarkt in Schleswig-Holstein ist besorgniserregend.
3 Hohe Mietpreise und Wohnungsknappheit belasten die Bürger*innen und tragen zur
4 Spaltung der Gesellschaft bei. Es ist an der Zeit, konkrete Maßnahmen zu
5 ergreifen, um bezahlbaren Wohnraum für alle zu gewährleisten. Auch die Tatsache,
6 dass die Hälfte aller Schleswig-Holsteiner*innen zur Miete lebt, zeigt die
7 Relevanz von politischen Maßnahmen auf. Wohnen ist kein Luxus, sondern ein
8 Menschenrecht aller und deshalb darf es nicht das Spekulationsobjekt der Wenigen
9 sein!

10 Bündnis 90/ Die Grünen Schleswig-Holstein möge beschließen:

11 Landesentwicklungsgesellschaft implementieren

12 Im Koalitionsvertrag der Schwarz/Grünen Regierung wurde sich darauf geeinigt,
13 eine Landesentwicklungsgesellschaft zu gründen, um schneller bezahlbaren
14 Wohnraum zu schaffen. Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein setzt sich, über
15 die im Koalitionsvertrag formulierten Ziele hinaus , dafür ein, dass diese nicht
16 nur alsbald gegründet wird, sondern dass diese auch Befugnisse erhält,
17 Investitionen zu tätigen. Dafür ist das Aufnehmen von Krediten maßgeblich. Die
18 Landesentwicklungsgesellschaft soll insbesondere Wohnraum ankaufen, sanieren und
19 zu erschwinglichen Mieten anbieten. Dabei ist auch die Zusammenarbeit mit
20 kommunalen Wohnungsbaugesellschaften gefragt.

21 Das Recht auf Wohnen braucht besonderen Schutz!

22 Wir sind nicht mehr bereit, hinzunehmen, dass große Konzerne Profit mit dem
23 Grundrecht auf Wohnen machen, während die Menschen, die in den Wohnungen dieser
24 Konzerne leben, immer mehr Existenzsorgen haben.

25

26 Wir fordern die Landesregierung auf, Wege zu erarbeiten, wie man auf Landesebene
27 große Konzerne wie z.B. Vonovia dazu verpflichten kann, ihrer gesellschaftlichen
28 Verantwortung gerecht zu werden.

29

30 Dabei sind mehrere Ansätze denkbar, zum Beispiel die Verpflichtung, einen
31 möglichst hohen Anteil des Bestandes in Sozialwohnungen umzuwidmen und
32 regelmäßig einen nennenswerten Teil des Gewinns in Bestandsanierung und Neubau
33 von Sozialwohnungen zu investieren.

34

35 Darüber hinaus sollen aufgrund der prekären Lage am Wohnungsmarkt alle Mittel
36 geprüft werden, die ein planmäßiges Auslaufen von Wohnungen aus der
37 Sozialbindung bis 2030 verhindern. So wollen wir eine Trendumkehr bei den
38 Sozialwohnungen einleiten.

39 Das Recht auf Wohnen für alle braucht besonderen Schutz.

40 Daher bitten wir die Landesregierung zu prüfen, inwiefern die Ergebnisse der
41 Berliner Expertenkommission zur

42 Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen auf Schleswig-Holstein anwendbar
43 sind.

44 Weitere Maßnahmen heranziehen

45 Ein Wohnraumschutzgesetz kann helfen, Mietsteigerungen zu begrenzen und für
46 qualitativ hochwertigen Wohnraum zu sorgen, während die Wiedereinführung der
47 Kappungsgrenzenverordnung dazu beitragen wird, exzessive Mieterhöhungen zu
48 verhindern. Es ist gut, dass die Landesregierung die Wiedereinführung kürzlich
49 beschlossen hat. Dabei ist es ebenso relevant, die Mittel für die Bereitstellung
50 von qualifizierten Mietspiegeln in Städten mit angespannten Wohnsituationen
51 bereitzustellen. Die Besteuerung von Leerstand durch die Kommunen schafft einen
52 Anreiz für Eigentümer*innen und Konzerne, ihre Immobilien dem Wohnungsmarkt
53 zuzuführen und trägt somit zur Entspannung der Lage bei.

54 Außerdem steht Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein mit Nachdruck hinter der
55 Forderung nach einer Wiedereinführung der Mietpreisbremse und wird sich für
56 diese mit aller Kraft einsetzen. Denn das ist, was der aktuellen und sich
57 zukünftig abzeichnenden Wohnsituation in Schleswig-Holstein bedarf. Hinzukommend
58 setzen wir uns weiterhin stark für die Deckelung von Indexmieten im Bundesrat
59 ein, um den dramatischen Anstieg von Mietkosten in Schleswig-Holstein und
60 bundesweit zu begrenzen. Es ist an der Zeit, entschlossen gegen die prekäre
61 Wohnungs- und Mietsituation in Schleswig-Holstein vorzugehen. Dazu ist ebenfalls
62 relevant, dass bereits bestehende Sozialwohnungen eine Verlängerung der
63 Sozialbindung erhalten.

64 Durch die Umsetzung dieser Maßnahmen können wir offensichtlich dazu beitragen,
65 eine qualitative und gerechte Verteilung von Wohnraum zu ermöglichen. Zusätzlich
66 ist für uns in einer Zeit, in der rechte Kräfte erstarken, vor allem aber auch
67 klar: Gegen Rechts hilft soziale Absicherung, gegen Rechts hilft, Menschen ein
68 gutes und bezahlbares Leben zu ermöglichen, gegen Rechts hilft, dass mit
69 Grundrechten keine Profite gemacht werden, kurz: Gegen Rechts hilft soziale
70 Politik. Und das heißt: Die Häuser denen, die drin wohnen!